

Bevölkerung und Gesellschaft in Deutschland: die Entwicklung 1945-1978

Mackensen, Rainer

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mackensen, R. (1979). Bevölkerung und Gesellschaft in Deutschland: die Entwicklung 1945-1978. In J. Matthes (Hrsg.), *Sozialer Wandel in Westeuropa: Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages in Berlin 1979* (S. 443-464). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-136640>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Rainer Mackensen

Bevölkerung und Gesellschaft in Deutschland
- Die Entwicklung 1945 - 1978 -

"Jeder Soziologe z.B. darf sich nun einmal nicht zu schade dafür sein, auch noch auf seine alten Tage vielleicht monatelang viele zehntausende ganz trivialer Rechenexempel im Kopf zu machen. Man versucht nicht ungestraft, das auf mechanische Hilfskräfte ganz und gar abzuwälzen, wenn man etwas herausbekommen will, - und was schließlich herauskommt, ist oft blutwenig."

Max Weber, 1919

1. Bevölkerung und Gesellschaft

Die Einwohner eines Landes als "Gesellschaft" zu bezeichnen, kann durchaus als fragwürdig erscheinen. Sie unterliegen der Staatsgewalt des Landes auf unterschiedliche Art je nach ihrer Staatsangehörigkeit und ihrem ständigen Wohnsitz. Darüberhinaus haben andere Bedingungen, die nicht an staatliche Hoheitsgrenzen gebunden sind, vergleichbaren Einfluß auf Gesellschaftsaufbau und Gesellschaftsprozeß. Zu ihnen gehören wirtschaftliche Vorgänge, die sowohl Staatsgrenzen überschreiten wie auch innerhalb derselben vielfältig ausgeprägt und durchaus verschiedenartig sind; ein anderes Beispiel ist die Sprache als Medium der Kulturvermittlung. Solche Bedingungen schaffen größere und kleinere soziale Einheiten als diejenigen, die durch die territorialen Grenzen eines Staates gebildet werden.

Ein weiterer Faktor, der den Gesellschaftsaufbau gewichtig beeinflusst, ist die Familienbildung. Sie beruht auf tradierten Einstellungen und Verhaltensweisen, Vermögen und Verhältnissen, modifiziert diese und vermittelt sie institutionell durch Sozialisations- und Erbschaftsprozesse. Ihre Bedingungen werden nur teilweise und tendentiell vermindert durch staatliche Regelungen gesetzt; und wenn sich die maßgeblichen sozialen Bedingungen ändern, geschieht dieses in der Gegenwart vielfach weit über staatliche Einheiten hinaus, ohne jede dieser Einheiten ganz oder einheitlich zu erfassen. Von ausschlaggebender Bedeutung für die Art der

Familienbildung ist die Partnerwahl - das "Connubium" -; sie erscheint in früherer Zeit und in anderen Kulturen weitgehend sozial geregelt, ist aber gegenwärtig und bei uns weniger denn je ständisch, regional oder in staatlichen Einheiten begrenzt. Auf Familienbildung und Partnerwahl beruht der Bevölkerungsprozeß; er überschreitet staatliche Grenzen und deckt sich auch mit administrativen und sozialen Gliederungen nicht.

Bevölkerung im soziologischen Sinne wird durch ein gleichsinniges und abgestimmtes generatives Verhalten konstituiert und demgemäß durch eine entsprechende generative Struktur gekennzeichnet (MARX 1867, I 666; SOMBART 1902, III 305 ff; IPSEN 1934, 425 ff; LINDE 1950; MACKENROTH 1953, 414 ff; SCHMID 1976, 57 ff) solche Einheit der Verhaltensmuster und Strukturen kann nicht mit der Einwohnerschaft eines Landes deckungsgleich sein. Auf der anderen Seite wird auch zunehmend fragwürdiger, wie anders derartige Einheiten von Verhalten und Struktur abgegrenzt werden könnten. Ob es überhaupt die in der Soziologie regelmäßig hypostasierten Gruppen vergleichbaren oder abgestimmten Verhaltens gibt - außer als Resultat statistischer Analysen - und mit welchen Kriterien ihre Abgrenzung einigermaßen eindeutig vorgenommen werden könnte, kann mit voranschreitender Entwicklung in Frage gestellt werden.

Das muß bedacht bleiben und ist zugleich Thema, wenn im folgenden einige der Wechselbeziehungen zwischen Bevölkerungsvorgang und Gesellschaftsprozeß dennoch in staatlichen Einheiten beschrieben werden sollen. Das bedingt Unschärfen und Aggregationen über heterogene Teilmengen, die den gedachten Sachverhalt nicht in der wünschenswerten Deutlichkeit hervortreten lassen. Es wird daher darauf ankommen, typische strukturelle Merkmale herauszuarbeiten, die auf gemeinsamen Bedingungen beruhen und für ein entsprechendes Verhalten bedeutsam sind. Da ausschließlich Ergebnisse der amtlichen Statistik verwendet werden, sind die Einheiten der Analyse mitgegeben oder nur aufgrund gegebener Gliederungen zusammenzustellen.

Die These, die im folgenden veranschaulicht werden soll, ist nicht neu (siehe die oben zitierten Schriften); sie wird desungeachtet vielfach vernachlässigt. Sie besagt, daß die gesellschaftliche Entwicklung in einem Lande auch von der Entwicklung der Bevölkerung nach Umfang, Aufbau und Verteilung maßgeblich bedingt wird, und daß sie diese wiederum entscheidend prägt. Insoweit diese Wechselbeziehung gilt, lassen sich gesellschaftliche Verhältnisse und Entwicklungen an demografischen Strukturen und Prozessen ablesen und sogar mit ihrer Hilfe prognostizieren - genauer: sie lassen sich anschau-

licher und eindeutiger, und zwar quantitativ darstellen, eher als das mit anderen Instrumentarien der Soziologie in der Regel möglich ist. Ein Beitrag zur Interpretation der Strukturentwicklung unserer Gesellschaft in diesem Sinne ist damit zugleich ein Beitrag zur Methodologie und zur soziologischen Theorie. Darauf wird abschließend zurückzukommen sein.

Historisch konkretisiert geht es darum, die Strukturentwicklung von Bevölkerung und Gesellschaft für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland seit Kriegsende nachzuzeichnen. Das kann hier nur in groben Zügen und in exemplarischer Auswahl geschehen. Desungeachtet sind die zeitlichen und räumlichen Grenzen wegen der angedeuteten Interdependenz auch zu überschreiten, soweit das zur Klärung des engeren Themas notwendig erscheint: Der Bevölkerungsvorgang in der Bundesrepublik bleibt unverständlich, wenn seine Ausgangslage - die Bevölkerungsstruktur vor Kriegsbeginn - unbeachtet bleibt; er ist mit derjenigen der DDR über lange Zeit intensiv verflochten.

Insbesondere deshalb erscheint es sinnvoll, den gesamten Zeitraum von 1945 bis 1978 in zwei Perioden zu unterteilen, die sich in vieler Hinsicht grundsätzlich voneinander unterscheiden. Das historisch maßgebliche, weil in seiner Wirkung durchschlagende Ereignis, das diese Perioden voneinander scheidet, ist die Schließung der Grenzen der DDR am 13. August 1961. Ich beschreibe deshalb zunächst die Periode bis 1961; sie kann für den Bevölkerungsvorgang in seiner gesellschaftlichen Bedeutung als Phase einer expansiven Restauration interpretiert werden. Die nachfolgende Periode ist eher als Phase intensiver gesellschaftlicher Veränderung zu deuten. Es sollte dabei deutlich werden, daß der Schnitt von 1961 in seiner vielfältigen Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik einer sorgfältigeren Beachtung würdig ist als ihm bisher durch die Soziologie zuteil wurde.

2. Die Restaurationsphase bis 1961

Die Kriegereignisse und ihre Folgen führten auf dem Gebiet der Bundesrepublik nicht nur zu einer erheblichen Vermehrung der Bevölkerung, sondern auch zu Änderungen in ihrem Altersaufbau und in ihrer Zusammensetzung. Auf die unmittelbaren Einwirkungen des Krieges folgten die Zuwanderung zunächst der Vertriebenen aus den östlichen Reichs- und Besatzungsgebieten, dann der Flüchtlinge aus der DDR. Die erste Niederlassung dieser Zuwanderer innerhalb der Bundesrepublik wurde durch eine Umsiedlung korrigiert. Bei einer derartigen Verschiebung großer Bevölkerungsteile erscheint

es auf den ersten Blick erstaunlich, daß statt grundsätzlicher gesellschaftlicher Veränderungen im Ergebnis eher eine Wiederherstellung früherer Strukturen festzustellen ist.

Zunächst erscheint zweckmäßig, sich Umfang und Art der Veränderungen in der Bevölkerung vor Augen zu führen. Bei der ersten Zählung nach Gründung der Bundesrepublik wurden 1950 auf ihrem Gebiet 48.6 Millionen Einwohner festgestellt, rund 8 1/2 Millionen mehr als vor Kriegsbeginn 1939 (siehe Tabelle 1). Zur gleichen Zeit war die Summe der Einwohner in BRD, DDR und Berlin zusammen etwa ebenso groß wie die Bevölkerung des Deutschen Reiches 1939. Obgleich die Menge der Vertriebenen und Flüchtlinge mit etwa 9 1/2 Millionen der Bevölkerung der Ostgebiete vor dem Krieg entsprach, handelte es sich nicht allein um deren Übersiedlung in die verbliebenen deutschen Gebiete. Die Zahlen täuschen über die darin verborgenen wechselhaften Ereignisse hinweg.

Für den Zeitraum von 1939 bis 1950 standen etwa 13 Millionen Geburten über 14 Millionen Sterbefälle gegenüber, darunter 4 infolge des Krieges (siehe Tabelle 2). Bis 1947 waren aus Gebieten, die nicht zum Deutschen Reich gehört hatten (z.B. aus der Tschechoslovakei), rund 4 1/2 Millionen Menschen zugewandert; dem stand ein Wanderungsverlust (ins Ausland) von rund einer halben Million Menschen gegenüber. Ende 1947 befanden sich noch 5 Millionen Deutsche im Ausland, darunter fast 2 Millionen Kriegsgefangene; von ihnen trafen bis 1950 2 Millionen auf dem verbliebenen deutschen Gebiet ein.

Es fehlten 1950 also außer den 4 Millionen Kriegstoten noch 3 Millionen früherer Einwohner; andererseits waren 4 Millionen Deutsche (per Saldo) hinzugekommen. Aus den ehemaligen Ostgebieten gelten anderthalb Millionen Menschen als verschollen; 5 Millionen waren in DDR und BRD eingetroffen.

Bis 1961 nahm die Bevölkerung der Bundesrepublik um weitere 5 1/2 Millionen auf 54 Millionen insgesamt zu. Fast 3 1/2 Millionen Menschen zogen in den 11 Jahren aus der DDR zu, jährlich im Schnitt 300.000, 1953 und 1956 waren es um 400.000; in der gleichen Zeit zogen rund 500.000 aus der BRD in die DDR, so daß der Wanderungssaldo für die BRD 2.9 Millionen ausmachte (KÖLLMANN 1965, 196). Zwischen 1950 und 1961 wurde fast eine Million Vertriebener aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern in andere Bundesländer umgesiedelt, die meisten davon bis 1955.

Insgesamt waren zu der Bevölkerung der Bundesrepublik in den ersten fünfzehn Jahren nach dem Krieg also rund 12 Millionen hinzugekommen, etwa 30 vom Hundert der Menschen, die vorher in diesem Gebiet gelebt hatten. Die DDR hatte demgegenüber von den anderthalb Millionen, die 1950 dort zu-

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland,
1933 - 1978 (in Tausend)

	BRD	Berlin (W)	DDR	zus.	Ostge- biete	insges.
1933	38.263	2.683	15.842	56.788	9.244	66.032
1939	40.248	2.751	16.745	59.743	9.574	69.317
1950	48.649	2.147	18.388	69.184		
1956	50.646	2.224	17.716	70.586		
1961	53.977	2.197	17.125	73.300		
1966	57.486	2.191	17.071	76.748		
1970	58.529	2.122	17.068	77.719		
1975	59.828	2.004	16.820	78.652		
1978	59.392	1.918	16.758	78.068		

Quellen: Ergebnisse der Volkszählungen vom 16.6.1933 und 17.5.1939 für das Deutsche Reich, amtliche Umrechnung für den Gebietsstand BRD/Berlin(W)/DDR (einschl. Berlin-Ost); 13.9.1950 (DDR: 31.8.1950), 25.7.1956 (Wohnungszählung), DDR: Jahresdurchschnitt; 6.6.1961 und 27.5.1970; 1966 und 1975 fortgeschriebene Bevölkerung zur Jahresmitte, 1978 zum April (MZ), DDR zum 31.12.77.

Tabelle 2: Bevölkerungsbilanz 1939 - 1950
(in Tausend)

Deutsches Reich	17.5.1939	69.317	
Lebendgeborene	1939/1950	+ 12.910	
Sterbefälle	1939/1950	- 14.046	1)
Zugewanderte	1939/1947	+ 4.443	2)
noch im Ausland	31.12.1947	- 5.063	3)
Heimkehrer	1948/1950	+ 2.073	4)
Wanderungsverlust, ungeklärt	1939/1947	- 450	
BRD/Berlin/DDR	Mitte 1950	69.184	

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Wirtschaft und Statistik 1949, Heft 8, ergänzt durch amtliche Zahlen für 1948 bis 1950. - Die Zahlen können im einzelnen durch spätere Erkenntnisse revisionsbedürftig sein; in den Größenordnungen dürften sie wegen der Zuverlässigkeit der Randsummen zutreffen.

Anmerkungen: 1) Darin 10.046 T. Gestorbene, 500 T. durch Feindeinwirkung getötete Zivilpersonen, 250 T. ermordete Juden und 3.250 T. Wehrmachtstote und -vermißte. Unter den ermordeten Juden nur diejenigen, die 1939 in der Bevölkerung des Deutschen Reiches gezählt worden waren; BURGDÖRFER (Bevölkerungsdynamik und Bevölkerungsbilanz, München: Lehmann 1951, S. 64) schätzt weitere 230 T. aus Westeuropa, 4.060 T. aus Ost- und Südost-Europa außer der SU. Unter den Wehrmachtstoten (nach P.E. SCHRAMM) bis zum 31.1.1945 Todesfälle durch Feindeinwirkung 1.810 T., dazu 191 T. Gestorbene; diese Zahlen sind bis zum Kriegsende zu ergänzen. Von den 1.903 T. Vermißten bis 31.1.45 sind bis 1947 geklärte Fälle abzuziehen; das Statistische Bundesamt schätzt daher 1949 insgesamt die oben genannten 3.250 T.

2) Aus dem Ausland während des Krieges und bis 1947 in die Gebiete von DDR und BRD zugewanderte Personen.

3) Darin 1.830 T. Kriegsgefangene im Gewahrsam außerhalb Deutschlands, rund 1.500 T. Deutsche, die zum Zeitpunkt der Schätzung am 31.12.47 noch in den Gebieten östlich Oder und Neiße verblieben; rd. 200 T. noch in Skandinavien und Österreich; 1.533 T. werden als in den östlichen Gebieten des ehemaligen Deutschen Reiches verschollen geschätzt.

4) Bis 1950 heimgekehrte Kriegsgefangene und Zuwanderer aus den bis 1947 noch im Ausland verbliebenen Deutschen (also aus der Zahl der Vorzeile).

sätzlich gezählt wurden, wieder mehr als eine Million verloren. Die Differenzen gehen auf die natürliche Bevölkerungsbewegung zurück, die der DDR etwa eine, der BRD etwa zwei Millionen Zuwachs brachte. Die Wirkung dieser Wanderungsbewegungen auf die gesellschaftliche Situation mußte in beiden Ländern gravierend, aber in verschiedenem Sinne, sein.

Die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in der BRD ist vorwiegend als soziales Problem, auch als Problem der Umverteilung von Kriegsfolgelasten beschrieben und behandelt worden. Die Eingliederung galt als vollzogen, als gegen Ende der von uns beschriebenen Periode festgestellt werden konnte, daß sich gegenüber der einheimischen Bevölkerung keine signifikanten Unterschiede in der beruflichen Gliederung oder in der Wohnungsversorgung mehr nachweisen ließen (LEMBERG 1959). Weniger beachtet wurde, daß die Spannungen, die zwischen Vertriebenen und Einheimischen anfangs bestanden, nach 1948 erstaunlich schnell abgebaut werden konnten. Diese Spannungen beruhten oberflächlich gesehen auf den unterschiedlichen Vermögensverhältnissen: Die Vertriebenen kamen ohne Hausrat und Vermögen und mußten in bestehende Wohnungen eingewiesen werden, so daß Einheimische auf Teile ihrer Wohnungsverfügung verzichten mußten. Die Unterschiede im Vermögen und die daraus folgende Beanspruchung von Wohnraum und Verpflegungsmitteln scheinen aber nicht die eigentliche Ursache der Spannungen gewesen zu sein. (Es wäre aufschlußreich, die unterschiedliche Vermögensentwicklung bei Vertriebenen und Einheimischen bis in die Gegenwart hinein zu verfolgen; es dürften sich bis heute bemerkenswerte Unterschiede feststellen lassen). Diese Vermutung beruht auf der Beobachtung, daß solche Spannungen dann schneller abgebaut werden konnten, wenn die Vertriebenen ihren sozialen Status nachweisen oder glaubhaft machen konnten. Auf der anderen Seite traten gleichartige Spannungen nicht in dem Maße gegenüber Familien auf, die als Einheimische ihren Hausstand durch Bomben verloren hatten. Daraus wäre zu folgern, daß nicht der Vermögensunterschied als solcher, sondern der aufgrund mangelnden Vermögens bezweifelte soziale Status der Vertriebenen die eigentliche Ursache der Spannungen war.

Folgt man dieser Erklärung, dann erst wird auch die Aufbauleistung der Restaurationsphase völlig verständlich. Der Vermögensverlust hatte zumindest bei vielen der Flüchtlinge und Vertriebenen eher zu einer Unabhängigkeit von sachlichem Besitz geführt; die Aufbauleistung läßt sich daher schlecht aus dem Bestreben nach Wiedererlangung von Vermögenswerten erklären. Die mangelnde soziale Anerkennung dagegen, die diese Teilbevölkerung traf, kann verständlich als starke Motivierung zu Anstrengungen angesehen werden, einen dem früher innegehabten vergleichbaren oder sogar überlegenen Status

wiederzugewinnen. Wenn eine solche Motivation für 30 auf Hundert einer Bevölkerung gilt, so kann die Mehrzahl durchaus von ihr mitgenommen oder in eine Konkurrenzsituation gebracht werden, die ähnliche Anstrengungen bewirkt.

Dazu kommt, daß die geschilderte Situation weder einmalig noch auf die Flüchtlinge und Vertriebenen beschränkt war. Sie war nicht einmalig in dem Sinne, daß sie zu einem Zeitpunkt gegeben und danach zu bewältigen gewesen wäre. Vielmehr wurde sie durch den ständigen Zustrom von weiteren Flüchtlingen in erheblicher Zahl ständig neu belebt. Sie war aber auf die Personengruppe der Vertriebenen und Flüchtlinge nicht beschränkt, denn außer diesen hatten auch Ausgebombte, Ausgelagerte und Heimkehrer ihr Vermögen wieder herzustellen und ihren sozialen Status neu zu bestätigen. Man kann also (obgleich hierfür Zahlen fehlen) für die Hälfte der Bevölkerung eine ähnliche Lage annehmen. Dabei war diese Teilbevölkerung nicht gleichmäßig verteilt, so daß die Anteile im Norden der Bundesrepublik und im Ruhrgebiet teilweise höher angesetzt werden müßten.

Mit der Aufbauleistung geht der Abbau der Spannungen zwischen den Bevölkerungsteilen einher: Die parallele oder sich sogar wechselseitig stimulierende Konkurrenz um soziales Ansehen brachte die erstrebte Anerkennung. Sie hatte damit auch eine auf Anpassung tendierende Komponente; denn es konnte hier nicht darum gehen, etwas anderes zur Geltung zu bringen, sondern nur um den Nachweis der Tüchtigkeit in dem von der Mehrheit gemeinten Sinne. Als dritte entscheidende Komponente scheint mir die unpolitische Überwindung der nationalsozialistischen Vergangenheit hinzuzukommen: Die Vertriebenen hatten kein Interesse daran, die ihre hervorzukehren; die Einheimischen waren umso beflissener, die Erinnerung an die ihre zu überspielen. Es bedarf m.E. keiner Umerziehungsthese, um diesen Effekt sozialpsychologisch verständlich erscheinen zu lassen. Die drei Komponenten - Aufbau, Anpassung, Leugnung der braunen Vergangenheit - wirkten zusammen, um den späteren Umschwung nach 1961 zu bewirken und zu verstärken. Solche Thesen, die sich hier nur aufgrund einer Analyse des Bevölkerungswechsels ergeben, wären gründlicherer soziologisch-historischer Untersuchung wert.

Bisher habe ich lediglich die Bevölkerungsbilanz der Nachkriegsphase interpretiert. Auf zwei Aspekte der veränderten Bevölkerungsstruktur möchte ich wenigstens noch verweisen: auf die Konsequenzen für die Siedlungsentwicklung und auf diejenigen aus dem veränderten Altersaufbau.

Unterscheidet man großräumig zwischen Ballungen, Industrie-, Misch- und Agrargebieten, indem man die Stadt- und Landkreise (um 1970) nach Einwohnerdichte und Industriebesatz diesen vier Siedlungstypen zuordnet, dann ergibt sich über die bekannte Tendenz des Stadtwachstums und seiner Differenzierung

im Zeitverlauf hinaus ein aufschlußreiches Bild der Siedlungsentwicklung (siehe Tabelle 3). Daß sich infolge der größeren Bevölkerung insgesamt eine Verdichtung ergeben muß, liegt auf der Hand; interessant sind aber die Unterschiede der Entwicklung in den Siedlungstypen.

Um 1950 sind die Anteile der Siedlungstypen spürbar in Richtung auf die Agrargebiete verschoben: diese beherbergen nun 15 (statt 1939 nur 12) vom Hundert der - erheblich größeren - Gesamtbevölkerung; die Ballungen dagegen können nur noch 41 (statt 47 in 1939) vom Hundert aufnehmen. Im einen zeigt sich die Flüchtlingsaufgabe, im anderen der Zerstörungsgrad. 1962 jedoch sind die alten Verhältnisse so gut wie wieder hergestellt: die Agrargebiete sind auf 12 v.H. zurückgefallen, die Ballungen auf 45 v.H. gestiegen. Industrie- und Mischgebiete haben ihren Anteil von 22 resp. 20 v.H. nicht verändert.

Die gesamte Bevölkerungsveränderung hat also - abgesehen von der Ausweitung der Stadtgebiete und den regionalen Unterschieden des Wachstums von Agglomerationen, der Schrumpfung von Agrargebieten - keine grundsätzliche Änderung in den Tendenzen der Siedlungsentwicklung zur Folge gehabt. Die frühere Verteilung wurde vielmehr - bei gegebener Verdichtung - wieder hergestellt.

Eine bedeutende strukturelle Veränderung zeigt jedoch die industrielle Ausstattung der Siedlungstypen. Bereits 1956 ist das neue Niveau der Industrialisierung erreicht: im Bundesdurchschnitt wird seither der Wert von 140 Industriebeschäftigten auf 1000 Einwohner gehalten. In Ballungen und in Industriegebieten steht er in dieser Zeit gleich hoch - um 170 - doch hat er in den Ballungen fallende Tendenz: die relative Zunahme der Dienstleistungen macht sich hier bemerkbar. In den Mischgebieten ist der Industrialisierungsgrad von 93 erreicht; er wird erst in der nachfolgenden Periode steigen. Nur in den Agrargebieten steigt er von 41 (1956) weiter auf 43 (1962).

Insgesamt ist der volle industrielle Ausbau demnach also bereits 1956 erreicht; die weitere Entwicklung ist nur noch parallel der Bevölkerungsentwicklung, ohne daß sich der Industrialisierungsgrad weiter steigert. Die wichtigste Aufbauleistung scheint zur gleichen Zeit abgeschlossen wie die Umsiedlung beendet, wie der Höhepunkt auch der Zuwanderung aus der DDR erreicht ist. Damit erweist die Wanderungsbewegung erneut ihre maßgebliche Bedeutung für die Entwicklung der Gesellschaftsstruktur in der Bundesrepublik.

Sie hat jedoch eine weitere Wirkung, deren gesellschaftliche Folgen bisher nicht ausreichend behandelt worden sind: sie hat den Altersaufbau verändert. Dieser ergibt sich im allge-

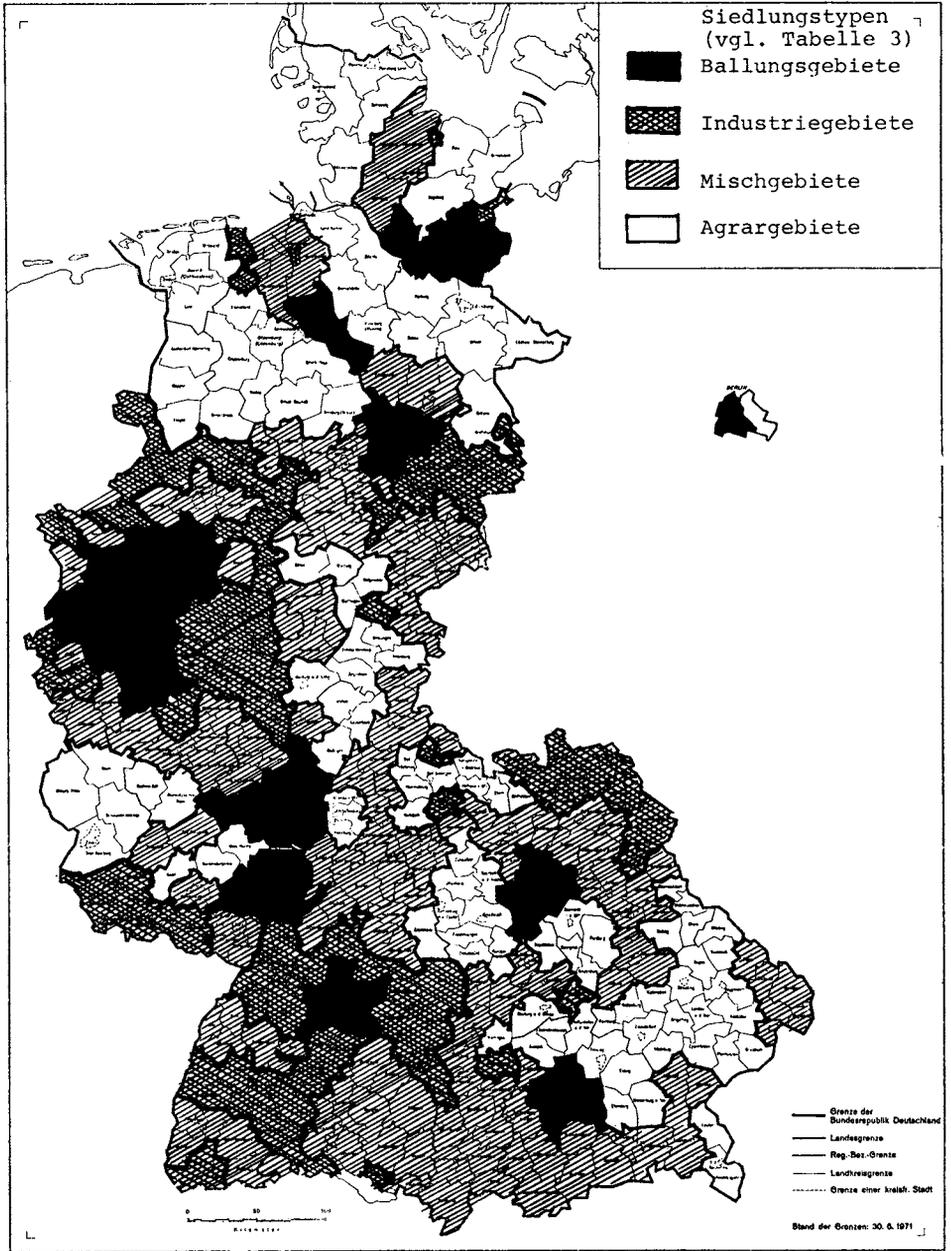


Tabelle 3: Wohnbevölkerung und Industriebeschäftigte nach Siedlungstypen in der BRD, 1939 - 1970

	insges.	davon in Ballungs- gebieten	Industrie- gebieten	Misch- gebieten	Agrar- gebieten
Anzahl Kreise	565	118	131	185	131
Fläche Tsd.qkm	248,3	33,9	50,4	86,3	77,6
Wohnbevölkerung (in Tausend)					
1939	42.952	20.178	9.349	8.209	5.217
1950	50.796	21.078	11.308	10.863	7.548
1956	52.870	23.312	11.947	10.757	6.855
1962	56.874	25.781	12.882	11.310	6.901
1966	59.677	26.969	13.557	11.896	7.255
1970	60.553	27.221	13.821	12.149	7.361
darunter: Vertriebene und Flüchtlinge (in Tausend)					
1950	9.430	2.816	2.074	2.447	2.093
1956	10.636	4.413	2.410	2.287	1.527
Ausländer (in Tausend)					
1970	2.611	1.618	590	315	88
Industriebeschäftigte (in Tausend)					
1950	5.338	2.738	1.726	683	191
1956	7.348	3.936	2.129	1.003	280
1962	7.308	3.932	2.036	1.042	298
1966	8.338	4.432	2.360	1.181	365
1970	8.854	4.376	2.456	1.358	463

Quelle: Ergebnisse der Volkszählungen von 1939, 1950, 1970, der Wohnungszählung 1956, der Fortschreibung zur Jahresmitte 1962, 1966. Industrieberichterstattung zum September der Jahre. Daten für Stadt- und Landkreise der BRD einschl. Berlin(W); Verwaltungsgrenzen 1970. Eigene Zusammenstellung. Ballungsgebiete nach ISENBERG (Handwörterbuch für Raumforschung und Raumordnung 1970, Sp. 124); Industriegebiete: übrige Kreise mit mehr als 125 Industriebeschäftigten auf 1000 Einwohner 1956; Michgebiete: desgl. mit über 60 I.Besch./1000 Einw.

meinen aus den wechselnden Jahrgangsstärken der Geburtenhäufigkeit, und dieser Effekt kennzeichnet auch den Altersaufbau der deutschen Bevölkerung. Er wird aber zusätzlich durch die in bestimmten Altersgruppen massiert erkennbaren Sterbefälle der Kriege gekennzeichnet; darüber hinaus macht sich die altersspezifische Selektivität der Wanderungen bemerkbar. Das kann hier nicht im einzelnen verfolgt werden; es soll lediglich auf die Konsequenzen im Erwerbsleben hingewiesen werden.

Betrachtet man die Altersgliederung der männlichen Erwerbspersonen (siehe Tabelle 4), dann fällt die unterschiedliche Besetzung der Altersgruppen und ihr starker Wechsel ins Auge. 1950 stellen die Zwanzigjährigen 22, die Vierzigjährigen 24 v.H. der erwerbstätigen Männer (die Erwerbslosen fallen zu dieser Zeit nicht ins Gewicht). Die Dreißigjährigen stellen mit 18 v.H. einen vergleichsweise kleinen Anteil.

Daraus ergibt sich, daß die jüngeren Erwerbspersonen um diese Zeit eine gute Chance hatten, ins Erwerbsleben einzutreten - die für Jüngere geeigneten Stellen waren nicht von den Dreißigjährigen überbesetzt. Die Aufstiegschancen waren dagegen weniger günstig, weil die entsprechenden Stellen von Vierzigjährigen beansprucht wurden. Bis 1962 hat sich die Situation noch verschärft; ein größerer Anteil Jugendlicher steht für das Erwerbsleben an, aber der Anteil der Dreißigjährigen ist inzwischen auf 22 v.H. gestiegen. Die Aufstiegsstellen sind nun von Fünfzigjährigen besetzt.

Neben der Veränderung der Aufstiegschancen lassen die Zahlen einen anderen Effekt erkennen, der bei einzelnen Berufssparten noch deutlicher in Erscheinung treten würde: Die schwache Besetzung der Altersgruppe 30 - 40 unterbricht die Kontinuität der Berufserfahrung. Um 1950 werden die Stellen, die mehr Erfahrung verlangen, mit Vierzigjährigen besetzt; das läßt eine gewisse Dynamik wahrscheinlich erscheinen. Wenn sie mehrfach mit Zwanzigjährigen zusammenarbeiten, dann läßt sich die Erfahrungsvermittlung relativ reibungslos vorstellen. 1962 dagegen werden mehr Positionen von Älteren besetzt; die Vierzigjährigen fallen an vielen Stellen aus. Demgegenüber sind die Anteile der Zwanzig- und Dreißigjährigen gestiegen. Sie gehören bereits zur Nachkriegsgeneration; in der Mehrzahl waren sie bei Kriegsende noch Kinder. Sie werden die Aufstiegsmentalität der Kriegsgeneration nicht teilen; eine Vermittlung der Erfahrungen erscheint schwieriger. Der Umbruch kündigt sich an.

Diese Altersgliederung gilt im wesentlichen für das produzierende Gewerbe, also für die Industrie. Ganz anders ist diejenige in den Dienstleistungen. Hier ist 1962 eine deutliche Überalterung zu erkennen (siehe Tabelle 5). Die Aufstiegschancen

Tabelle 4: Altersgliederung der männlichen Erwerbspersonen, 1950 - 1978

(a) Anzahl (in Tausend)							
Alter	1950	1962	1965	1970	1974	1977	1978
unter 20	1.616	1.364	1.351	1.163	1.115	1.275	1.306
20 - 30	3.092	3.810	3.663	3.140	3.405	3.474	3.542
30 - 40	2.531	3.626	3.895	4.538	4.800	4.399	4.261
40 - 50	3.396	2.686	2.763	3.607	3.868	4.057	4.151
50 - 60	2.270	3.311	3.130	2.486	2.413	2.625	2.781
über 60	1.220	1.746	2.025	1.894	1.573	921	751
insges.	14.125	16.542	16.827	16.827	17.178	16.749	16.793
(b) Anteile (vom Hundert)							
unter 20	11,4	8,3	8,0	6,9	6,5	7,6	7,8
20 - 30	21,9	23,0	21,8	18,7	19,8	20,7	21,1
30 - 40	17,9	21,9	23,2	27,0	27,9	26,3	25,4
40 - 50	24,0	16,2	16,4	21,4	22,5	24,2	24,7
50 - 60	16,1	20,0	18,6	14,8	14,1	15,7	16,6
über 60	8,6	10,6	12,0	11,3	9,2	5,5	4,5

Quelle: 1950 Ergebnisse der Volkszählung vom 13.9.; im übrigen Ergebnisse des Mikrozensus im April des jeweiligen Jahres. Eigene Zusammenstellung aus Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes.

Fundstellen: 1950 (ohne Saarland und Berlin) StJbBRD 1954, S. 117
 1962 - 1977 aus Bevölkerung und Kultur, Stuttgart: Kohlhammer, Reihe 6
 (1977: Fachserie 1, Reihe 4.1); 1978: Wirtschaft und Statistik, April 79

Tabelle 5: Altersgliederung der abhängig beschäftigten männlichen Erwerbspersonen in den Dienstleistungen, 1962 - 1977

(a) Anzahl (in Tausend)					
Alter	1962	1965	1970	1974	1977
unter 20	115	111	102	152	233
20 - 30	392	438	499	942	977
30 - 40	502	508	678	862	913
40 - 50	479	476	601	629	715
50 - 60	548	567	492	499	560
über 60	269	321	305	271	176
insgesamt	2.305	2.423	2.677	3.359	3.573

(b) Anteile (vom Hundert)					
unter 20	5,0	4,6	3,8	4,5	6,5
20 - 30	17,0	17,7	18,6	28,0	27,3
30 - 40	21,8	21,0	25,3	25,7	25,6
40 - 50	20,8	19,7	22,5	18,7	20,0
50 - 60	23,8	23,4	18,4	14,9	15,7
über 60	11,7	13,3	11,4	8,1	4,9

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus. Eigene Zusammenstellung.
Fundstellen siehe Tabelle 4

sind weitgehend verbaut; der Ton wird von den älteren Altersgruppen angegeben. Ein Kontinuitätsbruch dagegen ist nicht anzunehmen: Keine der Altersgruppen ist auffällig schwach besetzt.

Mehrere Effekte verstärken einander in der Restaurationsphase. Die Flüchtlingswanderung führt zu einer Aufbauleistung, die durch das Bedürfnis nach Wiederherstellung der sozialen Geltung und nach Vermeidung von Konflikten motiviert ist. Dabei wird die Industrialisierung vorangetrieben, das Siedlungsmuster zwar verdichtet, aber gleichsinnig aufgebaut. Die Altersgliederung leistet zunächst der Anpassungstendenz Vorschub, verschiebt sich aber dann in Richtung auf eine Überalterung. Die stärkeren Jahrgänge Jugendlicher, die ins Erwerbsleben eintreten, gehen von anderen Erfahrungen aus und finden eine Berufssituation vor, die eine stärkere Veränderung möglich erscheinen läßt.

3. Phase des intensiven Wandels 1961 - 1978

Seit 1961 ist die Bevölkerung der Bundesrepublik um rund 5 Millionen gewachsen - 4 Millionen davon sind Ausländer.

Die Zuwanderung aus der DDR ist 1961 verhindert worden; zur gleichen Zeit beginnt die neue Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte. Aus fünf Anwerbeländern - Italien, Jugoslawien, Spanien, Griechenland, Türkei - wandern 1960 140; 1961 170-, 1962 190-tausend Ausländer ein. Diese Zuwanderung löst die mitteldeutsche Wanderung nahtlos ab; die wirtschaftliche Expansion erscheint zunächst gesichert. Der Effekt für die gesellschaftliche Entwicklung ist ein anderer. Die Ausländer wollen verdienen; sie haben keine Chance, hier zu sozialer Geltung zu kommen. Ihre Intention ist auf die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen im Heimatland gerichtet. Statt zu einem Entwicklungsantrieb führt die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte zu einer "Unterschichtung" (HOFFMANN-NOWOTNY 1973) ähnlich derjenigen in der Schweiz.

Während die Aussenwanderung derart umschlägt, wird die natürliche Bevölkerungsbewegung von steigenden Geburtenzahlen gekennzeichnet, die 1961 bis 1967 die Millionengrenze überschreiten. Dieses Anwachsen der Geburtenzahlen ist aber nicht von einer Änderung des generativen Verhaltens bestimmt; es ist vielmehr die Konsequenz der Tatsache, daß die stärkeren Geburtenjahrgänge aus den dreißiger Jahren jetzt ins Ehealter hineinwachsen. Solche Schwankungen der Geburtenhäufigkeit wiederholen sich regelmäßig; man hat deshalb von Bevölkerungswellen gesprochen (LÖSCH 1936). Sie wirken sich nicht nur in der eigenen Generation, sondern auch in der Kette der folgenden aus.

Für die von uns betrachtete Periode hat diese größere Zahl von Geburten nur eine untergeordnete Bedeutung - nämlich für einen größeren Bedarf an Kindergartenplätzen und dann an Plätzen in Volksschulen, also auch an Lehrern. Ihre Bedeutung wird in der nachfolgenden Periode zunehmen, in die wir inzwischen eingetreten sind, weil dann der Eintritt ins Erwerbsleben fällig wird und - wie wir wissen - unter den erschwerten Bedingungen eines engeren Arbeitsmarktes. In den 60-er Jahren ist es die - ebenfalls stärkere - Generation ihrer Eltern, die auf die gesellschaftliche Entwicklung einwirkt.

Die Altersgliederung der Erwerbspersonen (Tabelle 4) zeigt für 1970 einen außergewöhnlich hohen Anteil der Dreißigjährigen von 27 v.H. Um diese Zeit ist der Überalterungseffekt, der 1965 bereits abklingt, aber einen besonders hohen Anteil Sechzigjähriger zeigt, deutlich abgebaut. Die deutlichste Prägung der Erwerbsbevölkerung durch jüngere Altersgruppen ist 1974 erkennbar; seit-her klingt auch dieser Akzent wieder ab. Die inzwischen anwachsende Altersgruppe der Zwanzigjährigen findet nun die Positionen besetzt, und zwar von relativ jüngeren Erwerbstätigen. Die Aufstiegschancen schwinden. In keiner Phase war die Arbeitswelt so deutlich von Jüngeren geprägt, wie in den frühen 70-er Jahren.

Das gilt auch in den Dienstleistungen (Tabelle 5), sogar mit einem stärkeren Akzent bei den Zwanzigjährigen. Hier ist dieser Effekt auch 1977 noch unverkennbar - man darf damit rechnen, daß in diesem Bereich die Innovationsbereitschaft noch auf ihrem Höhepunkt steht. Daß auch hierin Ursachen gesellschaftlicher Spannungen verborgen liegen, bedarf kaum der Erwähnung.

Für die Altersgliederung der Erwerbsbevölkerung ist eher die Entwicklung unter den männlichen Erwerbspersonen charakteristisch; in der neueren Periode ist jedoch die weibliche Erwerbstätigkeit erheblich gestiegen. Vergleicht man die neuesten Zahlen mit denen von 1950 (siehe Tabelle 6), so fällt diese Veränderung stark ins Gewicht. Bei Männern und nicht verheirateten Frauen ist die Erwerbsbeteiligung der unter 30-jährigen deutlich zurückgegangen; darin macht sich die zunehmende Ausbildungsorientierung geltend. Zugleich ist sie bei den verheirateten Frauen dieser Altersgruppe auf über 50 v.H. gestiegen. Die Gegenläufigkeit dieser Entwicklungen läßt keinen Zweifel daran, daß die Berufsorientierung das Privileg der ledigen Frauen ist. Bei früher Heirat scheint das Einkommen der Ehefrau unentbehrlich.

Die Männer sind ab dreißig fast sämtlich erwerbstätig; über fünfzig fallen die Invalidisierungen bereits ins Gewicht. Aber auch bei den nicht verheirateten Frauen sind die Erwerbsquoten bis auf vier Fünftel angestiegen; über fünfzig fallen sie deutlich ab - aber hier vermutlich weniger wegen Invalidisierung als deshalb, weil die Erwerbsbeteiligung der entsprechenden Geburtsjahrgänge noch nie so hoch war. Es ist also sicher mit einem weiteren Anstieg der Erwerbsbeteiligung der nicht

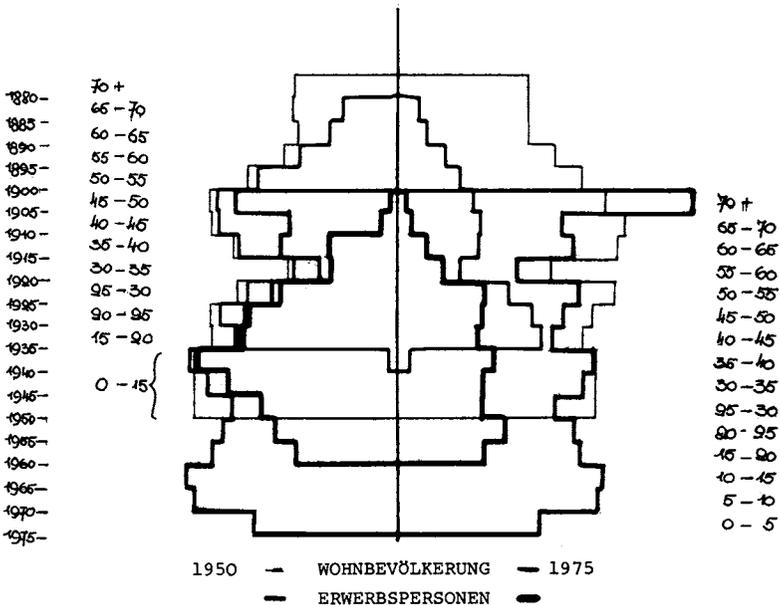
Tabelle 6: Altersspezifische Erwerbsquoten, 1950 und 1978

Alter	Männer		nicht verheiratete Frauen		verheiratete Frauen	
	1950	1978	1950	1978	1950	1978
15 - 20	85,1	50,6	78,7	43,6	30,4	54,6
20 - 30	93,9	85,6	88,8	78,5	27,4	56,6
30 - 40	96,9	97,9	69,9	82,9	26,0	48,9
40 - 50	96,9	97,4	62,0	78,7	26,8	47,3
50 - 60	90,8	88,9	45,3	60,8	25,5	36,0
60 - 65	73,0	43,1	23,1	14,6	19,7	10,3

Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) auf 100 Personen der gleichen Kategorie im gleichen Alter. Nicht verheiratete = ledige, verwitwete und geschiedene Frauen.- Eigene Zusammenstellung aus Ergebnissen der VZ 1950 und des MZ 1978. Fundstellen wie Tabelle 4.

GEBURTS-
JAHRGÄNGE

MÄNNER FRAUEN

ALTERSGRUPPEN
1950ALTERSGRUPPEN
1975

ALTERSGRUPPEN DER WOHNBEVÖLKERUNG UND DER ERWERBSPERSONEN
NACH GEBURTSJAHREN UND GESCHLECHT, 1950 - 1975
(vgl. Tabelle 4 bis 6)

verheirateten Frauen auch in höheren Altersklassen zu rechnen. Nimmt man die neuerliche Neigung hinzu, auf eine Eheschließung zu verzichten, dann wird sich diese Tendenz noch stärker bemerkbar machen.

Bei den verheirateten Frauen fällt die Erwerbsbeteiligung mit steigendem Alter kontinuierlich. Obgleich auch die Erwerbsquoten der älteren Altersklassen bedeutend über den Werten von 1950 liegen, ist doch die veränderte Tendenz unverkennbar. Damals war ein Viertel der verheirateten Frauen kontinuierlich erwerbstätig. Es kann kein Zweifel sein, daß diese Einkommen für die Familien unverzichtbar waren. Wenn die Quoten jetzt mit zunehmendem Alter fallen, dann kann das nur bedeuten, daß diese Frauen auf eine ursprünglich angestrebte Erwerbstätigkeit zunehmend verzichten müssen, soweit nicht einfach die Tatsache zu Buche schlägt, daß spätere Geburtsjahrgänge in größerem Umfang zur Erwerbstätigkeit tendieren (vgl. MÜLLER u.a. 1979).

Die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen wird als ein wichtiger Grund für den Rückgang der Geburtenzahlen seit 1964 angesehen. Darin eine Folge verbreiteter Selbständigkeit der Frauen zu erkennen, ist nicht schwer, aber auch unzureichend. Zugleich sind es sicher die steigenden Lebenshaltungs- (insbesondere Wohnungs-)Kosten, die solche Erwerbstätigkeit erforderlich machen. Diese und weitere Komponenten verstärken sich offenbar gegenseitig. Wichtiger noch erscheint aber die Tatsache, daß Berufsorientierung und Kinderversorgung sich mehr und mehr auszuschließen scheinen. Charakteristisch für den neuen Geburtenrückgang ist, daß er Ende der 60-er Jahre bei den Eltern aller Altersgruppen zugleich einsetzt: die Geburten höherer Ordnungsfolge gehen am stärksten zurück, die Anzahl der zweiten und ersten Kinder zugleich und fortschreitend.

Hier ist nicht der Ort, diese Zusammenhänge in der notwendigen Breite darzulegen. Es soll lediglich verdeutlicht werden, daß der Rückgang der Geburtenzahlen nicht als ein isoliertes Geschehen begriffen werden kann, sondern nur im Zusammenhang sowohl der demografischen wie der gesellschaftlichen Entwicklung. Die gesellschaftliche Entwicklung wirkt auf die Zunahme der weiblichen Erwerbstätigkeit, damit auf den Verzicht auf Kinder und auf die veränderte Einstellung zu Ehe und Familie seit Ende der 60-er Jahre und mit der Zeit verstärkt ein. Es liegt nahe, die Veränderung der Einstellungen Jugendlicher seit dieser Zeit hiermit in Zusammenhang zu bringen; auch das politische Klima hat sich parallel verändert. Allein solche Erklärungen dürfen nicht außer acht lassen, daß gerade die demografische Entwicklung solche Veränderung der Einstellungen zumindest mit beeinflußt haben dürfte.

Die stärkeren Jahrgänge aus Vorkriegs- und Kriegsjahren treffen zu Beginn ihrer Erwerbstätigkeit auf eine sowohl durch die Kriegsfolgen einseitig orientierte, wie durch Überalterung verhärtete Situation. Sie haben für diese kein Verständnis, sehen ihre Lebensaussichten geschmälert, stehen vor der Aufgabe, Positionen zu übernehmen, die zuvor von wesentlich Älteren wahrgenommen worden waren: Der Kurswechsel erscheint unvermeidlich.

Die letzten anderthalb Jahrzehnte sind grundsätzlich anders geprägt als die vorhergehenden. Es erscheint nicht unglaublich, hierfür sowohl die Veränderung der Außenwanderung wie die Verschiebungen in der Altersstruktur als Erklärungen mit in Anspruch zu nehmen. Die Siedlungsstrukturen haben sich - in der hier verwendeten groben Einteilung - nicht wesentlich geändert (daß sich die Wanderungstendenzen, die Siedlungspräferenzen gerade in dieser Zeit deutlich geändert haben, müßte bei detaillierterer Betrachtung behandelt werden).

Verlängert man die Entwicklung der Altersstrukturen in die Zukunft hinein, so lassen sich entsprechende Folgerungen für die weitere gesellschaftliche Entwicklung ablesen. Dieses kann hier nicht ausgeführt werden. Es muß die Bemerkung genügen, daß in letzter Zeit immer deutlicher geworden ist, wie gering der Spielraum der Veränderlichkeit für die nächsten fünfzig Jahre ist. Selbst wenn sich in absehbarer Zeit das generative Verhalten grundsätzlich ändern, die Zahl der Geburten relativ erheblich steigen oder weiter fallen würde, könnten sich die Auswirkungen erst in Jahrzehnten bemerkbar machen. Das liegt daran, daß die möglichen Eltern der nächsten Jahre bereits zu den Jahrgängen gehören würden, deren Stärke seit 1964 erheblich zurückgegangen ist.

Es läßt sich daher mit Sicherheit sagen, daß das Klima in Berufswelt und Politik lange Zeit nicht mehr so innovationsfreudig sein wird wie vor einigen Jahren. Die progressive Alterslastigkeit des Bevölkerungsaufbaus wird sowohl die Aufstiegschancen vermindern wie die Erfahrungswerte im Kurs steigen lassen.

4. Demografie und Soziologie

In der Interpretation der Zusammenhänge zwischen Bevölkerung und Gesellschaft in der Bundesrepublik der Nachkriegsperioden sah ich mich gezwungen, aus den empirischen Daten unmittelbar zu interpretieren. Das ist kein Zufall. In der Demografie war es bis vor kurzem üblich, Zusammenhänge zwischen einzelnen Variablen zu ermitteln; dieses Verfahren war auch erfolgreich. Es war möglich, die Unterschiede im Bevölkerungsaufbau auf Unterschiede des Einkommens, der Siedlungsstruktur, des Bildungsstandes, der Konfessionsgliederung zurückzuführen.

Ein solches korrelatives Verfahren setzt voraus, daß die Bevölkerungen und die in ihnen manifestierten Verhaltensweisen einheitlich strukturiert sind. Dieses scheint in den letzten Jahrzehnten nicht mehr der Fall zu sein.

Einer derartigen Bevölkerungsanalyse entsprach auch die Erklärungsmodelle der Bevölkerungssoziologie. Sie ging von Vorstellungen wie denen der Modernisierungstheorie oder der struktur-funktionalen Theorie aus. Man sprach vom Übergang aus einer ursprünglich vorindustriellen zu einer industriellen Bevölkerungsweise (MACKENROTH u.v.a.): nur hat sich diese industrielle Bevölkerungsweise nicht eingestellt. Stattdessen überstürzen sich die Entwicklungen: Eben noch schien es um eine allgemeine Durchsetzung des Zweikinder-Familienmodells zu gehen, da wurde bereits die Frage aufgeworfen, warum Paare überhaupt noch Kinder haben wollten. Die neueste Entwicklung ist schon deshalb nicht als Bevölkerungsweise im hergebrachten Sinne zu begreifen, weil sie sich eben durch den Verlust einer Abstimmung zwischen Bevölkerungsvorgang, Wirtschaftsverfassung und Gesellschaftsprozeß auszeichnet.

Der Gedanke einer solchen Abstimmung entspricht dem struktur-funktionalen Gesellschaftsmodell, in dem jede Institution ihren aus dem Gesamtzusammenhang verständlichen Zweck erfüllt. Auch Ehe, Familie und generatives Verhalten verlangen nach einer solchen Erklärung aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang. Derartige Erklärungen waren an vielen historischen Beispielen zu liefern; in der Gegenwart versagten sie. Und das aus dem einfachen Grund, weil Familienbildung Privatsache geworden ist. Die Anzahl der Kinder hat keine wirtschaftliche Begründung mehr - es sei denn im negativen Sinne; sie ist auch nicht zur Alterssicherung wichtig, weil diese durch gesamtgesellschaftliche Regelungen ersetzt ist. Es bleibt zwar richtig, daß Paarbildung, Familienzyklus, Anzahl der Kinder in der Familie gesellschaftlich bedingt sind; sie sind aber nicht mehr gesellschaftlich geregelt. Das heißt, daß es - momentan - keine gesellschaftlichen Sanktionen gibt, die Kinder erforderlich scheinen lassen, wohl aber solche, die ihre Betreuung und Erziehung erschweren. Damit ist Bevölkerung zunächst zu einer abhängigen Variablen des Gesellschaftsprozesses geworden; auf längere Sicht wird sie das nicht bleiben, weil die Verminderung der Jahrgangsstärken, schließlich der Bevölkerung insgesamt, die verschiedensten gesellschaftlichen Folgen haben muß.

Es scheint daher bis auf weiteres nicht sinnvoll, mit den bisher üblichen Theoriemodellen und Analysemethoden zu arbeiten. Das generative Verhalten, das letztlich die ausschlaggebende Variable des Bevölkerungsvorgangs ist, kann zwar noch aus der gesellschaftlichen Situation gedeutet werden, aber nur nachträglich, weil der Zusammenhang nicht mehr zwingend, sondern nur verständlich ist. Das legt die Verbindung verhaltens- und handlungstheoretischer Konzepte nahe.

Diese allein für sich erklären jedoch nur die einzelnen Fälle, auch in der Masse - aber nur wenn diese sich gleichsinnig verhält. Gerade dies erscheint aber fraglich. Es wird daher notwendig, aufwendigere Hypothesenkonstruktionen zu bilden, die mit Rückkopplungseffekten auf verschiedenen Ebenen arbeiten. Anders gesagt: die gleichen Ursachen können gegenteilige Wirkungen auslösen, je nach ihrem Bedingungs-zusammenhang. Dabei ist deutlich, daß strukturelle, schichtenspezifische, regionale und gruppen- wie individualspezifische Bedingungen zu unterscheiden und zu verknüpfen sind. Die Hypothesen sind aber auf verschiedenen Aggregationsebenen unterschiedlich zu formulieren, will man nicht ökologische Fehlschlüsse riskieren. Es scheint, als seien in ein derartiges Modell die verschiedenen, bisher unverbunden konkurrierenden Erklärungsteile integrierbar.

Aus solcher Forschungserfahrung lassen sich auch Schlüsse auf den Zustand unserer Gesellschaft ziehen. Sie ist offenbar nicht mehr einheitlich genug strukturiert, um allgemeine Erklärungsmodelle zuzulassen. Vielmehr sind die Verhaltensmuster sowohl biografisch wie durch Mobilitäts- und Bildungsprozesse derart differenziert, überlappen sich in ihren Entwicklungsstadien und regionalen Ausprägungen, verändern sich derart schnell und unregelmäßig, werden von globalen Ereignissen und Veränderungen beeinflusst, daß die in der Soziologie bislang üblichen Erklärungsmodelle versagen. Das kann selbst eine Übergangssituation sein; wir können aber keinen künftigen Zustand erkennen, auf den sie sich zu bewegt. Es könnte aber auch die Form der postindustriellen Gesellschaft sein. Wie dem auch sei: bis auf weiteres wird die Soziologie mit differenzierteren Erklärungsmodellen arbeiten müssen, wenn sie empirisch wertvolle, der Alltagserfahrung genügende und praktisch verwertbare Einsichten erarbeiten will.

Literaturhinweise

- Hans-Joachim HOFFMANN-NOWOTNY: Soziologie des Fremdarbeiterproblems, Stuttgart: Enke 1973
- Gunther IPSEN: Bevölkerungslehre, Breslau: Hirt (Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums I, 425 - 463) 1934
- Wolfgang KÖLLMANN: Bevölkerung und Raum in Neuerer und Neuester Zeit, Würzburg: Ploetz 3:1965
- Eugen LEMBERG ed.: Die Vertriebenen in Westdeutschland, 3 Bände, 1959
- Hans LINDE: Die generative Form spezifischer Bevölkerungen (1950), in: Raum und Gesellschaft, Bremen-Horn: Dorn (Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte 1)1952, 25 - 39
- August LÖSCH: Bevölkerungswellen und Wechsellagen, Jena 1936
- Gerhard MACKENROTH: Bevölkerungslehre, Berlin: Springer 1953
- Karl MARX: Das Kapital (1867), Berlin: Dietz (1947) 8:1959
- Josef SCHMID: Einführung in die Bevölkerungssoziologie, Reinbek: Rowohlt (studium 98) 1976
- Werner SOMBART: Der moderne Kapitalismus (1902), München + Leipzig: Duncker und Humblot 3/1928
- Max WEBER: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre (1922), Tübingen: Mohr (Siebeck) 3:1968 (Zitat 1919 S. 589)
- Walter MÜLLER + Karl Ulrich MAYER + Johann HANDL + Angelika WILLMIS: Prozesse sozialstrukturellen Wandels am Beispiel der Entwicklung von Qualifikations- und Erwerbsstruktur der Frauen im Deutschen Reich und der Bundesrepublik Deutschland, Beitrag zum 19. Deutschen Soziologentag Berlin 1979, Mannheim: VASMA-Projekt 1979 (Arbeitspapier Nr. 6), 82 p.
- Karl SCHWARZ + Wilfried LINKE: Daten zur demographischen Entwicklung 1960 - 1975 - Zusammenstellung ausgewählter Ergebnisse der amtlichen Statistik, Hannover: ARL (Arbeitsmaterial 11/78) 1978, 181 p.